

# Inhalt

1.	Einleitung . . . . .	9
	Fragestellung und Untersuchungsgegenstand 15 – Politikgeschichte 16 – Rechtsgeschichte 21 – Verwaltungsgeschichte 22 – Geschichte der inneren Sicherheit 24 – Vorgehen und verwendete Quellen 26 – Forschungsstand 32 – Aufbau der Arbeit 36	
2.	Verfassungstreue im öffentlichen Dienst. Eine neue Praxis wird etabliert 1971-1972 . . . . .	39
2.1	Liberale Auslegung des Beamtenrechts und sicherheitspolitische Weichenstellungen in den 1950er und 1960er Jahren . . . . .	39
	Treuepflicht und Kalter Krieg in den 1950er Jahren 43 – Regelanfrage und Überprüfungspraxis in den 1960er Jahren 55	
2.2	Treuepflicht statt Parteienprivileg – Die Entlassung von Heike Gohl 1971 . . . . .	67
	Erste Maßnahmen gegen DKP-Mitglieder 67 – Gesellschaftliche Umbrüche 71 – Der Diskurs über »Radikale im öffentlichen Dienst« 75 – Das Bedrohungsszenario »unterwanderte Universität« 77 – Rechtliche Kontroversen 88 – Die Entlassung von Heike Gohl 97	
2.3	Die Pressemitteilung des Hamburger Senats vom 23. November 1971 . . . . .	102
	Reaktionen auf die Pressemitteilung des Senats 108 – Kontroverse Wahrnehmungen der studentischen Radikalisierung 118 – Antitotalitäre Ausrichtung oder Rechts-Links-Schwäche 125 – Betroffene Organisationen 130 – Die Gefahrenwahrnehmung der Innenbehörde 138	
2.4	Der Radikalenbeschluss vom 28. Januar 1972 . . . . .	144
	Erste Zuspitzungen nach dem Radikalenbeschluss 151	

3.	Die Verfahren zur Überprüfung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst 1972-1978 . . . . .	156
3.1	Der Ablauf der Überprüfungsverfahren: Strukturen und Akteure . . . . .	156
	Akteure 160 – Arkanprinzip vs. Transparenz 165 – Veränderungen des Verfahrens nach 1974 172 – Fälle, Vorgänge und Verfahren 174	
3.2	Wer galt als »Verfassungsfeind«? Die Regelanfrage beim Verfassungsschutz und die betroffenen Personen . . . . .	176
	PZD-Beleg und Regelanfrage 176 – Betroffene Organisationen 181 – Die Hauptgruppe der Betroffenen: junge »68er« im Erziehungsbereich 186 – Beschäftigtengruppen und Vorgänge im Ausbildungsbereich 194 – Geschlechterverhältnis 195 – Die Angaben des Verfassungsschutzes 198	
3.3	Die Einleitung der formalen Verfahren. . . . .	202
	Vorgänge, in denen kein Verfahren eingeleitet wurde 207	
3.4	Die Anhörungen . . . . .	212
	Gesprächsführung des Senatsamts 214 – Strategien der Betroffenen 218 – Distanzierungen und Austritte 230	
3.5	Die Entscheidungen von Senat und Senatskommission. . . . .	234
	Einstellungen und Weiterbeschäftigungen 236 – Ablehnungen und Entlassungen 239 – Agitation und konkrete Äußerungen 250 – Der Einfluss weiterer Akteure 253 – Ein quantitativer Überblick 259	
3.6	Protest gegen Ablehnungsbeschlüsse und Überprüfungsverfahren . . . . .	263
	Narrative der betroffenen Organisationen 264 – Unruhe an den Hochschulen 278 – Protest im beruflichen Umfeld 282 – Gewerkschaften 285 – Protest aus dem Ausland 289 – Reaktionen der Exekutive 294	
3.7	Die Gerichtsverfahren . . . . .	308
	Treuepflicht vor Parteienprivileg 310 – Höhere Anforderungen an Beschäftigte im Erziehungsbereich 313	

4.	Aushandlungen über den Radikalenbeschluss und die Hamburger Überprüfungspraxis 1972-1977 . . .	319
4.1	Uneinheitliche Praxis, anhaltende Kritik und widersprüchliche Rechtsprechung 1972-1975 . . . . .	319
	Kontroversen in Innenministerkonferenz und SPD 320 – Erste Hamburger Gerichtsurteile 326 – Fortschreitende Etablierung des Verfahrens 337 – Konflikte im Hamburger Senat 341	
4.2	Juristische Bestätigung des Vorrangs der Treuepflicht 1975 . .	353
	Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 356 – Ambivalenzen des Beschlusses 363 – Kritik an der Entscheidung 369	
4.3	Reaktionen auf Protest und Gerichtsurteile: Veränderungen von Debatten und Überprüfungspraxis 1975-1977 . . . . .	372
	(Selbst-)Kritik in Senatskoalition und SPD 373 – Einschränkung der Regelanfrage 381 – Verschiebungen in den politischen De- batten 393	
5.	Innenpolitische Entspannungspolitik: Das Ende des Radikalenbeschlusses 1978-1987 . . . . .	401
5.1	Konkretes Verhalten statt vermutete Gesinnung: Die Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz 1978/79 . . . . .	401
	Russell-Tribunal und abgelehnte SozialdemokratInnen 401 – Vor- stöße für eine Liberalisierung 404 – Koschnick-Zwischenbericht und Umdenken in Hamburg 408 – Kloses Vorschläge vom September 1978 413 – Koschnick-Bericht und Abschaffung der Regelanfrage im Bund 422 – Widerspruch aus der Hamburger Verwaltung 429 – Beschränkung der Regelanfrage in Ham- burg 432	
5.2	Die Hamburger Praxis nach dem Senatsbeschluss von 1979	438
	Ende der Regelanfrage bei Neueinstellungen 438 – Umgang mit den offenen Fällen 443 – Heike Gohl wird Beamtin auf Lebens- zeit 448 – Widersprüchlichkeiten im Behördenhandeln 453 – Das Peter-Urteil von 1981 456 – Abbau der Verhärtungen in den Anhö- rungen 460 – Das Ende des Radikalenbeschlusses 467 – Über- blick über den Ausgang der Verfahren 471	

5.3 Verschiebungen im Diskurs über »Radikale im öffentlichen Dienst« . . . . .	475
Die Veränderung des Beamtenbilds: Keine Verfassungstreue »im Schlaf« 476 – Menschen statt FunktionärInnen: Die Veränderte Wahrnehmung kommunistischer Organisationen 484 – Toleranz und Diskussion statt administrative Maßnahmen: Ein anderer Umgang mit der linken Jugend 488 – 1984 statt Weimar: Veränderung von Bedrohungsszenarien und historischen Narrativen 496	
6. Schluss . . . . .	510
Politikgeschichte 511 – Rechtsgeschichte 513 – Verwaltungsgeschichte 514 – Geschichte der inneren Sicherheit 516	
Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	520
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	548
Abbildungsverzeichnis . . . . .	551
Bildnachweis . . . . .	553
Dank . . . . .	554
Personenregister . . . . .	556